



EIN PFLEGEAUFGABEN IST NÖTIG!

Pflegenotstand. Den Ankündigungen der Großen Koalition, neue Stellen in der Pflege zu schaffen, folgen keine Taten. Während die Pfleger unterbezahlt und die Patienten hilflos sind, kümmert sich der Gesundheitsminister nur darum, unangenehm aufzufallen.

von Patrick Haas

Ein Mann sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Wahrscheinlich möchte und kann er ihn auch nicht sehen. Die Rede ist von Jens Spahn, der neue Gesundheitsminister mit Hang nach rechts. Der Internetauftritt seines neuen Ressorts ist mit vielen bunten Bildchen ausgestattet, um die Vorzüge des „Sofortprogramms Pflege“ hervorzuheben. Schließlich hatte Herr Spahn nach eigenen Angaben »verstanden«. So sollen 13000 zusätzliche Pflegestellen geschaffen werden, von der jede Pflegeeinrichtung sofort profitieren würde. Dies bedeutet in Anbetracht von 13000 Pflegeeinrichtung, dass jede Einrichtung durchschnittlich sofort in den unglaublichen Genuss von einer zusätzli-

chen Pflegekraft kommt. Wobei »sofort« so gemeint ist, dass im Bundeshaushalt hierfür Mittel bereit gestellt werden und so die Finanzierung ermöglicht werden kann. Da hatte wohl jemand die Spenderhosen an.

Doch leider gibt es einen Haken an dieser Geschichte: Eine zusätzliche Pflegekraft ist leider zu wenig, um eine menschenwürdige Pflege zu ermöglichen. Dies wird umso deutlicher, wenn der Blick auf das Ausland geweitet wird. So brachte im Jahr 2012 die RN-4Cast-Studie ans Licht, dass in Deutschland auf eine examinierte Pflegekraft 13 Patient*innen kommen. Selbst bei Hinzunahme von Hilfskräften beträgt das Verhältnis immer noch 1 zu 10,5. Zum Vergleich:

In Norwegen muss eine examinierte Pflegekraft nur 5,4 Patient*innen betreuen. Mit Hilfskräften nur 3,3. Um solche Zahlen zu erreichen müssten in Deutschland circa eine halbe Millionen zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Die Forderungen der Pflegekampagne der LINKEN (140.000 Pflegekräfte zusätzlich) sind also keineswegs »phantastisch« oder aus der Luft gegriffen. Sie orientieren sich lediglich an einem aussterbenden Denk-Modell: dem funktionierenden Sozialstaat. Denn der Pflegenotstand ist keine Naturkatastrophe. Er ist das logische Ergebnis eines Gesundheitssystems, welches die Jagd nach Profiten über die Menschenwürde stellt.

Weiterlesen auf Seite 7.

AUS DER KREISTAGSFRAKTION

- DIE LINKE fordert den Sozialkompass (Seite 2)
- Offensive gegen Kinderarmut im Rhein-Sieg-Kreis (Seite 2)

DIE LINKE. VOR ORT

- Bürgermeisterwahl in Windeck (Seite 3)
- Widerstand gegen Luxus-Wohnungen in Königswinter (Seite 4)

INTERVIEW

- Alexander Neu zum Krieg in Syrien (Seite 6)

PFLEGENOTSTAND

- Gastbeitrag des Parteivorsitzenden Bernd Riexinger (Seite 8)

WECHSEL AN DER PARTEISPITZE

NRW. Auf dem Landesparteitag in Kamen wurde die ehemalige Bundestagsabgeordnete Inge Höger zur neuen Landessprecherin gewählt.

Nach vier Jahren als Sprecherin des Landesverbands DIE LINKE NRW kandidierte Özlem Alev Demirel nicht erneut um dieses Amt. Die Delegierten des Landesparteitages wählten Inge Höger zur neuen Sprecherin. Mit der ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Sprecherin der Antikapitalistischen Linken steht eine erfahrene Politikerin an der Spitze des zweitgrößten Landesverbands. Christian Leye, der dieses Amt seit 2016 ausübt, wurde als Landessprecher wiedergewählt. **Mehr zum Landesparteitag auf Seite 3.** (br)

Werde ein Teil
der Revolution:

die-linke.de/mitmachen

KAMPF GEGEN KINDERARMUT

Die Kreistagsfraktion startet eine Offensive gegen Kinderarmut im Rhein-Sieg-Kreis

Kinderarmut ist landauf und landab kein Thema, das von der herrschenden Politik gerne für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert wird, ohne dass ernsthaft der Kampf gegen die Kinderarmut aufgenommen wird. Im Gegenteil: Das Festhalten an den sanktionsbasierten Hartz-Gesetzen zementiert die Armut im Lande. Fünfzehn Jahre nach der Agenda-Politik Gerhard Schröders verfügt Deutschland über einen der größten Niedriglohnsektoren Europas. Fast jeder Vierte Erwerbstätige verdient weniger als 60% des Durchschnittseinkommens - zum Vergleich: in der Schweiz ist es nur jeder Neunte und in Schweden gar nur jeder Vierzigste.

Von dieser Politik sind vor allem Kinder betroffen, die in Familien mit unteren Einkommen aufwachsen. Der Landessprecher der LINKEN NRW, Christian Leye, bemerkt dazu entsprechend: »In Sonntagsreden und in Wahlkampfzeiten sind sich alle immer einig,

dass etwas passieren muss - und genauso einig sind sie sich danach, dass sie weiter machen wie bisher.«

Auch im Rhein-Sieg-Kreis ist das Thema Kinderarmut relevant und wird von der herrschenden Politik getrost ignoriert. Schon das zweite Jahr in Folge meldet das Kreisjugendamt, dass der soziale Dienst insbesondere in Windeck immer wieder auf Verhältnisse äußerster Armut trifft. Dazu gehören beispielsweise abgeschalteter Strom, nicht funktionierende Heizungen oder fehlende Essensvorräte in den Kühlschränken. Gerade für Menschen im Niedriglohnsektor stellt sich oftmals die Frage, ob das knappe Geld für die Strom- oder für die Wasserrechnung ausgegeben werden soll. Der Kreistagsabgeordnete Frank Kemper hält dies für einen unhaltbaren Zustand: »Es ist im wahrsten Sinne ein Armutszeugnis für den gesamten Kreis. Auch wenn hier der östliche Rhein-Sieg-Kreis und dort besonders



Windeck am stärksten betroffen sind. Hier sind wir alle gefordert.« Daher will die Fraktion DIE LINKE den Kreis in die Pflicht nehmen. Kemper fährt dazu fort: »So soll eine Armutskonferenz Lösungen aufzeigen und die Mittel der Regionale sollen zielgerichtet zur nachhaltigen Bekämpfung der Armut, insbesondere der Kinderarmut eingesetzt werden. Wir sind auch mit unserer Bürgermeisterkandidatin für Windeck einig darin, dass dies die höchste Priorität im anstehenden Wahlkampf haben muss.« (br)

SOZIALKOMPASS ALS HILFE FÜR DIE FINANZIELL SCHWACHEN

Rhein-Sieg. Im Zuge der Haushaltsberatungen fordert die Fraktion DIE LINKE die Kreisverwaltung auf, einen Sozialkompass zur Verfügung zu stellen.

Es liegt in der Verantwortung der Politik, gerade auch solchen Menschen eine Stütze zu bieten, die von Armut betroffen sind. Dazu können schon kleine Hilfeleistungen eine große Wirkung entfalten.

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE fordert daher zusammen mit der Gruppe FUW-PIRATEN die Einführung und Ver-

breitung eines sogenannten Sozialkompasses.

Michael Droste, Mitglied im Sozialausschuss des Kreistages, erklärt das Konzept: »Bei einem Sozialkompass handelt es sich um eine Broschüre, die Hilfsangebote für sozial Benachteiligte auflistet. Das können ebenso Sozial- oder Schuldnerberatungen wie auch Tafeln oder kostenlose Hausaufgabenbetreuung sein. Wir möchten erreichen, dass der Kreis eine solche Broschüre auflegt und interessierten Stellen zur Auslage anbietet.«

Die Einführung einer solchen Hilfe wäre ein kleiner Baustein in einer Offensive gegen Armut im Landkreis. In ihrer Politik für die finanziell Bessergestellten, ignorieren die Mehrheitsfraktionen nur allzu schnell die Sorgen und Nöte von Menschen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Die sozialen Parteien des Kreistags wollen dem etwas entgegenhalten. Anja Moersch von den Piraten mahnt die Kreisverwaltung: »Es ist höchste Zeit, dass sich der Kreis seiner Verantwortung stellt und den betroffenen Menschen zur Seite steht.« (br)

INGE MOHR-SIMEONIDIS

WINDECKS KÜNFTIGE BÜRGERMEISTERIN

Windeck. Die Bürgermeisterwahlen stehen kurz bevor. Als Kandidatin schickt der Ortsverband Windeck/Eitorf eine erfahrene Kommunalpolitikerin und Betriebsrätin ins Rennen.

Im November wählt die Gemeinde Windeck eine neue Bürgermeisterin. Der Ortsverband DIE LINKE. Windeck/Eitorf schickt dazu die erfahrene Kommunalpolitikerin Inge Mohr-Simeonidis ins Rennen. Die gelernte Psychologin ist seit sechs Jahren Sprecherin des Kreisverband DIE LINKE. Oberberg und war lange Jahre als Betriebsratsvorsitzende in einer Klinik mit über 240 Mitarbeiter*innen tätig. Derzeit ist Mohr-Simeonidis Mitglied im Rat der Gemeinde Reichshof sowie im Kreistag des Oberbergischen Kreises. Ihre berufliche und politische Erfahrung qualifiziert die Kandidatin, glaubwürdig für eine sozial gerechte Politik einzutreten. Gerade in Windeck ist dies nötig. So berichtete das Kreisjugendamt kürzlich, dass der Soziale Dienst in Windeck immer wieder

mit Fällen von Armut und Prekariat konfrontiert ist. (Siehe dazu auch der Artikel auf gegenüberliegender Seite.)

Mohr-Simeonidis bemerkt dementsprechend: »Windeck ist das Sorgenkind des Rhein-Sieg-Kreises. Dabei hat Windeck Potential, es muss jedoch gehoben werden. Dafür hat die Kommunalpolitik bisher viel zu wenig getan. Im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung muss die zukünftige Bürgermeisterin einerseits für Ideen und andererseits für sozialen Ausgleich sorgen.« Ein besonderes Augenmerk legt Mohr-Simeonidis zu diesem Zweck auf die kommende Regionale: »Die Chancen sind da: Mit der Regionale 2025 können auch in Windeck Projekte realisiert werden, die bisher unfinanzierbar schienen. So hat DIE LINKE bereits vor vier Jahren auf die Notwendigkeit



eines Konzeptes zu Dorfentwicklung, z.B. in Leuscheid, hingewiesen. Für die Regionale liegt der linke Vorschlag eines Kommunalparks vor, der Arbeitsplätze schaffen, der Bevölkerung zur Verfügung stünde, den Tourismus stärken und sich langfristig selber finanzieren könnte.«

DIE LINKE hofft auf ein starkes Ergebnis, um ein Zeichen für soziale Themen zu setzen. Die künftige Bürgermeisterin zeigt sich motiviert: »Ich hoffe auf einen fairen und spannenden Wahlkampf, wir jedenfalls bieten den Windecker Bürgerinnen eine andere Politik: Für die Bürger, mit den Bürgern.« Provokant fragt sie: »Warum nicht mal links wählen?«

Ja, warum eigentlich nicht? (br)

AUS DEM LANDESVERBAND

LANDESPARTEITAG IN KAMEN

Ländliche Räume müssen durch den Vorstand stärker gefördert werden

Im Juni 2018 wählte der Landesverband DIE LINKE. NRW einen neuen Vorstand. Nachdem Özlem Alev Demirel seit 2014 als Sprecherin an der Spitze der nordrhein-westfälischen LINKEN stand, kandidierte sie nicht erneut für dieses Amt. Der Parteitag in Kamen honorierte ihr Engagement während der zurückliegenden Wahlkämpfe. Insbesondere zur Wahl des Landtags im Mai 2017 vertrat sie DIE LINKE mit großer Kompetenz als Spitzenkandidatin. Zur neuen Landessprecherin wählte der Parteitag die ehemalige Bundestagsabgeordnete

Inge Höger aus Herford. Die gelernte Betriebswirtin war von 2005 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags. Als Landessprecher wurde der Bochumer Christian Leye im Amt bestätigt.

Für den neuen Vorstand ist die Aufgabe der nächsten Jahre klar: DIE LINKE muss für die kommenden Kommunalwahlen im Herbst 2020 gestärkt werden. Dass dies nicht ohne deutliche Zuwächse im ländlichen Raum passieren kann, ist zweifellos. Der Landesverband darf sich nicht nur auf die großen Städte an Rhein und Ruhr konzentrieren, sondern

muss auch die Parteientwicklung in den Flächenkreisen NRW in den Blick nehmen. Gerade hier fehlt es oft noch an personellen Ressourcen, um den Kommunalwahlkampf effektiv bestreiten zu können.

Zu diesem Zweck fand im September in Monheim am Rhein eine Konferenz zur Arbeit der Partei in den ländlichen Räumen statt, um erste Strategien zu entwickeln, die für den anstehenden Wahlkampf genutzt werden können. Die Erkenntnisse gilt es nun umzusetzen. (br)

NATURSCHUTZ STATT LUXUS-WOHNUNGEN

Königswinter. Der Protest gegen die geplanten Neubauten in unmittelbarer Rheinflage ist in der Stadt in vollem Gange. Eine Bürgerinitiative klagt die unsinnigen Baupläne an. DIE LINKE. Königswinter steht hinter dem Protest.

Ein Streitpunkt der Kommunalpolitik in Königswinter ist seit einiger Zeit die letzte Rheinaue der Stadt, die diesen Namen noch verdient – der sogenannte Sumpfweg-Süd. Unter diesem Namen gibt es seit 1979 einen Bebauungsplan, der seitdem sowohl bei den Parteien als auch in der Bevölkerung heiß umstritten ist. Zurzeit beruft sich der Investor BPD (Bouwfonds Property Developments) auf diesen Plan, um in direkter Rheinflage ein neues Areal aus hochpreisigen Immobilien entstehen zu lassen – 26 Wohnungen samt Tiefgaragen inmitten eines Überschwemmungsgebiets. Die Ironie der Geschichte: Bei der BPD handelt es sich um eine niederländische Firma. Die fehlenden Sumpfbereiche hierzulande zur Minderung des Hochwassers würden sich dort unmittelbar bemerkbar machen. Der Rhein sucht sich seinen Weg. Wird er hier von Beton blockiert, dann wird er

dort über die Ufer treten. Zudem ist das Gebiet im Regionalplan als »Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Erhaltung von Natur und Landschaft« ausgewiesen. Der investorenfreundlichen CDU in Königswinter und Rhein-Sieg reicht dies jedoch nicht, um die Hände von dem Gebiet zu lassen.

Ohne dass der Stadtrat zugestimmt hat, sieht der Bebauungsplan der BPD außerdem vor, Versorgungsleitungen, die unterirdisch in die Altstadt führen, schlichtweg zu überbauen. Man kann sich jetzt schon vorstellen, welche immensen und unnützen Maßnahmen es bedeuten würde, wenn diese Leitungen eines Tages gewartet werden müssen. Die Stadtverwaltung um Bürgermeister Wirtz scheint die Augen vor einer einfachen Wahrheit zu verschließen: Wenn ein Haus auf den Versorgungsleitungen der Altstadt steht, dann kommt man dort



nur sehr schlecht ran. Insgesamt entsteht der Eindruck der Profitgier zu Lasten des Umweltschutzes und zu Lasten derjenigen, die in Rheinnähe von Hochwasser betroffen sind.

In der Stadt hat sich mittlerweile eine Bürgerinitiative zum Erhalt des Sumpfwegs gegründet, die auf breites Interesse in der Bevölkerung stößt. DIE LINKE. Königswinter sieht sich auf Seiten dieses Protests: Für den Schutz der Natur und gegen das hochpreisige Prestigeprojekt. (ad)

RATSVERKLEINERUNG

Die 2.5%-Klausel durch die Hintertür

Informierte Beobachter*innen des politischen Geschehens können sich vielleicht noch an eine eher weniger ruhmreiche Episode der vergangenen rot-grünen Landesregierung erinnern: Die Idee der 2,5-Prozent-Klausel, welche durch das Verfassungsgericht des Landes NRW gekippt wurde. Doch mit dieser krachenden Niederlage gaben sich die Kommunalpolitiker*innen von CDU, SPD und Grünen nicht zufrieden und versuchten nun einen anderen Trick: Die Ratsverkleinerung. Wahlweise unter dem Vorwand einer höheren Effizienz, Kostenminimierung und anderen fadenscheinigen

»Argumenten« sollte gerechtfertigt werden, dass die Stadträte kleiner werden und somit der ohnehin grassierenden Politiker*innenverdrossenheit mit weniger Bürger*innennähe begegnet werden. Von der ohnehin nicht tragfähigen Argumentation abgesehen, hat eine Ratsverkleinerung gravierende Folgen. Denn sie trifft die kleinen Parteien und Wähler*innengemeinschaften am stärksten, welche nun auf wesentlich mehr Stimmen kommen müssen um einen Platz in den kommunalen Räten zu erhalten. Als LINKE sagen wir zu diesem Schmierentheater: Die kommunalen Räte sind das Herzstück der kommu-

nen Selbstverwaltung. Sie nun durch Ratsverkleinerungen zu beschneiden, parodiert das Urteil des Verfassungsgerichtes NRW. Dieses hatte in seiner Urteilsbegründung ausführlich dargelegt, dass jede Wähler*innenstimme den gleichen Erfolgswert besitzen, also gleich viel wert sein muss. Bloß weil durch mehr kleinere Parteien die Aussicht auf stabilere Mehrheiten und somit bspw. dotierte Posten in Aufsichtsräten möglicherweise gefährdet erscheinen, gibt es keinen Grund an der Demokratie zu sparen. (ph)

SOZIALE EINSCHNITTE ZUGUNSTEN DES HAUSHALTS?

Ruppichteroth. Die Rechnungsprüfungsanstalt bestätigt zunächst die Kritik der LINKEN an unwirtschaftlicher Haushaltsführung. Jedoch empfiehlt sie auch Sparmaßnahmen zu Lasten der finanziell Schwachen.

In der Sitzung des Rechnungsausschusses der Gemeinde Ruppichteroth wurde im Juli das Ergebnis der Rechnungsprüfungsanstalt des Landes NRW vorgestellt. Im Ergebnis wurden einige der Kritikpunkte, die DIE LINKE seit Jahren vorträgt, bestätigt.

So gibt die Gemeinde ca. 300.000 Euro pro Jahr für die Schülerbeförderung aus. Die letzte Ausschreibung dafür fand jedoch 1996 statt. DIE LINKE hat eine solche Ausschreibung bereits bei den letzten Haushaltsberatungen angeregt. Leider ohne Erfolg. Jetzt bestätigt die Rechnungsprüfung die Anregung der LINKEN. Auch die Investitionen in den Erhalt der Straßen ist seit Jahren zu niedrig. Die Gemeindeprüfungsanstalt warnt, dies könne zukünftig zu Abschreibungen wegen Wertverlust führen. Zuletzt hat DIE LINKE den Plänen, einen Radweg hinter dem Huwil-Center in Ruppichteroth zu bauen eine Absage erteilt. Obwohl hier ca.

800.000 Euro an Zuschüssen in Aussicht standen. Die Gründe dafür waren zum einen der vorhandene parallele Radweg, die Umweltbelastungen und vor allem, dass die Gemeinde sich den Eigenanteil von ca. 200.000 Euro nicht leisten kann. Zudem ist es wenig sinnvoll, neue Wege zu bauen, wenn die vorhandenen nicht unterhalten werden können.

Allerdings empfiehlt die Gemeindeprüfungsanstalt auch die Erhöhung der Wassergebühren und der Beiträge für die offene Ganztagschule, um so Mehreinnahmen für den Gemeindehaushalt zu schaffen. Dazu der Fraktionsvorsitzende Frank Kemper: »Eine Erhöhung der Wassergebühren würde zu einer besonderen Belastung von Familien führen. Das wird DIE LINKE nicht mitmachen. Auch die Beiträge der OGS treffen nur Familien, die sowieso schon dem größten Armutsrisiko ausgesetzt sind.« (br)

MIETHAI FRISST SICH SATT

Troisdorf. Auf sozialen Wohnungsbau wird in Troisdorf verzichtet. Dafür füttert die Stadt einen Miethai.

Die Abrissbagger haben ihre Arbeit schon fast vollendet: Der ehemalige Sitz der Firma Dynamit Nobel wird abgerissen. Das seit Jahren leerstehende Hochhaus soll dem Hotelkomplex eines Investors weichen.

DIE LINKE. Troisdorf hatte sich dafür eingesetzt, das Haus zu bewahren und für Sozialwohnungen umzubauen, die in der Stadt dringend benötigt werden. Leider ohne Erfolg. Besonders beschämend ist dabei, dass die Mittel für den sozialen Wohnungsbau vorhanden sind: Die Haushaltsüberschüsse der Stadt liegen im zweistelligen Millionenbereich und Förderkredite müssen derzeit nur zu 80% zurückgezahlt werden. Einen solchen Kredit zu beantragen, haben die Mehrheitsfraktionen allerdings noch nicht einmal erwogen.

Wenn das 1956 eingeweihte Gebäude Ende September verschwunden sein wird, besiegelt dies das nächste Kapitel einer unsozialen Politik an Rhein und Sieg. (br)

TRAUER UM UWE GROENEVELD

Der ehemalige Kreissprecher von DIE LINKE. Rhein-Sieg verstarb im Alter von 70 Jahren

Wir trauern um Uwe Groeneveld, der in diesem Sommer völlig unerwartet verstorben ist. Uwe ist nach 38 Jahren in der SPD zur WASG gestoßen und hat später DIE LINKE. Rhein-Sieg mitgegründet. Er war Sprecher des Kreisverbandes und Kreistagsabgeordneter und trat für DIE LINKE als Direktkandidat zu Bundes- und Landtagswahlen an.

Uwe Groeneveld war über 40 Jah-

re Gewerkschafter, seit einigen Jahren auch ehrenamtlicher Arbeitsrichter am Landesarbeitsgericht Köln. Zuletzt arbeitete er als Sachkundiger Bürger in der Fraktion DIE LINKE im Landschaftsverband Rheinland mit, war 1. Vorsitzender des Josef-Dietzgen-Clubs in Hennef sowie Schatzmeister in der LAG Grundeinkommen der Partei DIE LINKE.



»Die Bundesregierung hat auf einen Regime-Change gesetzt«

Alexander Neu über den Krieg in Syrien und die neue linke Sammlungsbewegung

Als Obmann vertrittst du DIE LINKE im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Aus der Innensicht: Macht die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen einen guten Job?

Ja und Nein. Sie ist wahrscheinlich die Fähigkeitste Verteidigungsministerin seit vielen Jahren. Vorgänger wie Scharping, zu Guttenberg oder Jung können ihr mit Sicherheit nicht das Wasser reichen. Sie hat einiges angestoßen, aber sie hat auch vieles nicht zuende gebracht - wenn es beispielsweise um Rüstungsbeschaffung geht. In den transatlantischen Beziehungen steht sie sehr nah an der Seite der USA. Eine Emanzipation Deutschlands hin zu einer wirklichen Friedenspolitik ist mit ihr nicht zu machen. Also ein gemischtes Bild, aber im Vergleich zu ihren Vorgängern ist sie eine Verbesserung.

Der Etat der Bundeswehr wird erhöht. Bis 2024 soll er 1.5% des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Ist das Geld sinnvoll investiert?

Wenn man über Militär redet, steht eine Frage im Vordergrund: Wozu braucht man Militär? Jedes Land hat das Recht, Militär zu haben, um sich gegen Angriffe eines anderen Landes zu schützen. Das ist Verteidigungspolitik im wahrsten Sinne des Wortes. Da Deutschland aber nicht bedroht wird, ist es völlig abwegig, zu behaupten, die Bundeswehr brauche mehr Geld, um dadurch eine personelle und materielle Trendwende herbeizuführen. Die Bundeswehr will aufrüsten, ohne dass es einen Gegner gibt, der uns handfest bedroht. Es wird vielmehr ein Bedrohungsszenario in den Raum gestellt, um dadurch Steuergelder zu verschwenden.

Rüstet Russland nicht auch auf? Putin hat vor Kurzem erst seine neue Rakete-technologie vorgestellt.

Ja und Nein. Erst im letzten Jahr hat Russland drei Milliarden US-Dollar in der Rüstung eingespart. Damit haben sie einen Etat von etwas unter 60 Milliarden Dollar für ihre Armee. Zugleich werden neue

Militärsysteme eingeführt, um die Abschreckungsfähigkeit gegen die NATO zu erhöhen. Deutschland hat nun etwa 42 Milliarden und die NATO insgesamt hat knapp eine Billionen Dollar Militärausgaben - also das 15-fache der russischen Ausgaben. Das Argument, dass Russland eine Gefahr darstelle, ist hinsichtlich der Waffensysteme weder quantitativ noch qualitativ haltbar.

Seit 2011 erlebt die Welt einen Krieg in Syrien. Welche Rolle spielt Deutschland in diesem syrischen Krieg?

Keine gute Rolle! Die Bundesregierung hat von Anfang an auf einen Regime-Change gesetzt. Man muss kein Freund von Assad sein. Im Gegenteil: Er ist ein schrecklicher Diktator. Doch das gibt uns nicht das Recht, diese Regierung zu stürzen - nur weil sie nicht pro-westlich ist. Es gibt genügend diktatorische Regierungen auf der Welt, bei denen wir keine Worte der Kritik äußern, sondern dorthin sogar noch Waffen exportieren - Stichwort: Saudi-Arabien, eine blutige Diktatur. Völkerrechtlich ist es so, dass man sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen darf. Auch wenn einem diese Angelegenheit noch so sehr missfallen. Es ist die Aufgabe der syrischen Bevölkerung, ihre Regierung zu bestimmen - und nicht die Aufgabe Berlins, Brüssels oder Washingtons. Assad mag ein Diktator mit Blut an den Händen sein, aber in der internationalen Politik müssen wir auch immer zwischen schlecht und schlechter abwägen. Und was nach Assad käme, wäre definitiv schlechter. Das sieht man an Libyen, Afghanistan und Irak. Assad zu stürzen, um zu schauen, was danach passiert, ist extrem gefährlich.

Zum Völkerrecht: Nach den Terroranschlägen in Frankreich rechtfertigte Präsident Hollande den Militäreinsatz seines Landes in Syrien mit dem Völkerrecht. Ist das stichhaltig?

Nein - und zwar deshalb nicht, weil die meisten der Attentäter in Paris französische und belgische Staatsbürger waren. Mit diesem Argument hätte Hollande eigentlich Brüssel bombardieren müssen. Man



Dr. Alexander S. Neu ist seit 2013 Mitglied des Bundestages. Der Mucher Abgeordnete vertritt DIE LINKE. im Verteidigungsausschuss.

hat dies als Vorwand genutzt, um in Syrien mitzumischen. Man darf nicht vergessen, dass Frankreich und auch Großbritannien ehemals Kolonialmächte im Nahen Osten waren. Und man glaubt wohl immer noch, dass man in der Region eine Art Einflussrecht hätte - ein Recht, zu entscheiden, wer sich dort wie verhält.

Wie sieht es mit den anderen Konfliktparteien aus? Verhält sich hier irgendwer völkerrechtskonform?

Ich habe mehrfach Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes im Deutschen Bundestag in Auftrag gegeben. Zunächst zur Frage, ob sich die Türkei völkerrechtskonform verhält. Das Ergebnis: Nein, das tut sie nicht, wenn sie in Afrin in Nordsyrien einmarschiert. Dann ein Gutachten zu den Angriffen der USA, Frankreich und Großbritannien nach dem Giftgas-Angriff. Auch hier kam der wissenschaftliche Dienst zur Auffassung, dass die Einsätze völkerrechtswidrig waren. Ein drittes Gutachten, das ich initiiert habe, kam zum Ergebnis, dass sich nur russische und iranische Streitkräfte legitim und legal in Syrien aufhalten.

Doch Russland hat seit 2011 im UN-Sicherheitsrat insgesamt zehn Resolutionen in Bezug auf Syrien durch sein Veto gestoppt - unter anderem den Beschluss, Menschenrechtsverletzungen in Syrien durch die Vereinten Nationen aufzuklären. Welches Ziel verfolgt Russland damit?

Russland steht eindeutig hinter der Souveränität Syriens. Hier muss man jede einzelne Resolution genau lesen, um zu prüfen, was der Subtext ist - was wird damit beabsichtigt. Wenn darin beispielsweise steht, dass der Westen legitimiert wird, in Syrien humanitär zu intervenieren, dann ist klar, dass Russland dies ablehnt - vor allem nach Libyen und Jugoslawien. Die Frage nach humanitärer Intervention taucht in diesen Resolutionen immer wieder auf. Damit wollen die USA, Frankreich und Großbritannien allerdings nur militärische Freiheit, um scheinlegitimiert durch die UNO, die syrische Regierung zu stürzen.

Wenden wir mal den Blick von Syrien nach Deutschland. In der politischen Linken tut sich gerade etwas. Die neue Sammlungsbewegung um Sahra Wagenknecht startet. Wie stehst du dazu?

Erst einmal abwarten. Die Zeit der klassischen Volksparteien ist vorüber. Wir sehen überall in Europa ein Zusammenbrechen der Sozialdemokratie und der christlich-konservativen Parteien. Etwas

zeitverzögert erleben wir dies nun auch in Deutschland. Die SPD ist zusammengebrochen und auch die Union geht langsam unter 30% der Stimmen. Der Zeitgeist geht nach rechts - teilweise bis ins Faschistische hinein. Die politischen Koordinaten sind ins Wanken gekommen und es gibt den zutreffenden Spruch »Wenn die Rechten siegen, sind es die Linken schuld«. Vor diesem Hintergrund ist eine linke Sammlungsbewegung eine gute Idee. Es bleibt die Frage, wie es konkret ausgestaltet wird.

Kritik kommt auch aus den eigenen Reihen. Was entgegnest du?

Da ist zunächst das Argument, die Bewegung wäre top-down - von oben herab. Das teile ich nicht. Es gibt immer eine Bevölkerungsgruppe, die mit dem Status Quo unzufrieden ist, aber sich nicht gemeinsam organisieren kann. Dazu braucht es Leute - »von oben«, wenn mal so will - die diese Unzufriedenheit im Austausch mit ihnen artikulieren. Es braucht also ein Oben und ein Unten in einer Bewegung. Allerdings möchte ich selbst erst einmal sehen, wie sich das Projekt entwickelt. Von meiner Orientierung her bin ich anti-kapitalistisch. Für mich wäre also ein reines Zurück in die Sozialstaatlichkeit der 70er Jahre zu wenig. Eine andere Frage ist: Wie transparent werden Entscheidungen in dieser Bewegung erreicht und kommuniziert? Werden Programme durch Einzelpersonen bestimmt

oder wird es ein offener Prozess? Letzteres würde ich begrüßen. Bisher habe ich zur Bewegung eine kritische Solidarität.

Gibt es denn überhaupt ein linkes Lager unter den Parteien, das eine solche Bewegung vereinen könnte? Sind SPD und Grüne links?

Nein, das sind sie nicht. Diese Parteien haben die Agenda 2010 umgesetzt. Das hat sich nicht mal die Union getraut. Sie haben die Türen aufgestoßen für Kriegsführung: Jugoslawien-Krieg, das war Rot-Grün. Im linken Lager gibt es nur eine linke Partei: DIE LINKE. Aber natürlich gibt es vereinzelt linke Politiker bei diesen Parteien. Eine Sammlungsbewegung in diesem Lager wäre unterm Strich so etwas wie Rot-Rot-Grün durch die Hintertür. Für eine linke Politik müssen sich aber vor allem SPD und Grüne bewegen. Eine gemeinsame Regierung auf Kosten linker Positionen würde ich nicht mitmachen.

Letzte Frage: Mal angenommen, du findest dich plötzlich bei einem Bier mit der Kanzlerin unter vier Augen wieder. Welchen Rat würdest du ihr geben?

Geh so schnell wie möglich in Rente und organisiere den Übergang! Man kann mit erhobenem Haupt abtreten oder man kann vom Hof gejagt werden. Im Moment bahnt sich Letzteres an.

PFLEGE: DAS KÖNNEN WIR UNS SPAHN!

In einem privatwirtschaftlichen Gesundheitssystem werden zusätzliche Pflegekräfte zu Kostentreiber*innen, welche den Umsatz schmälern und somit die Unternehmensziele gefährden können. Besonders deutlich wird dies im Denken der sogenannten Selbstverwaltung. Mit anderen Worten: Die Krankenkassen, Kassenärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigungen schließen Verträge mit Krankenhäusern und Ärzten, regeln die Bezahlung und ziehen dafür Beiträge bei den Versicherten ein. Dabei dürfen sie vollkommen selbstständig im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen handeln. Dies treibt manchmal seltsame Blüten. Die Jüngste dürfen wir heute beobachten. So wurde 1997 die Pflegepersonalregelung vor lauter Marktbegeisterung als »zu planwirt-

schaftlich« verworfen, um jetzt wieder von den Spitzenverbänden der Selbstverwaltung aus dem Hut gezaubert zu werden. Sollten sich die Leistungserbringer wie die Deutsche Krankenhausgesellschaft weigern, Personaluntergrenzen festzulegen, würde es zum Showdown kommen. Denn dann dürfte die Politik entscheiden.

Wofür sich Jens Spahn wahrscheinlich entscheiden wird, dürfte bei einem kurzen Blick auf seine politischen Ansichten relativ ersichtlich sein. Wer der Meinung ist, dass Hartz IV nicht automatisch Armut bedeute, neben seiner Abgeordnetentätigkeit für einen Pharmakonzern jobbte und Arbeitspapiere der privaten Krankenversicherungslobby abschreibt, outet sich als Jünger des Marktradikalismus und der Menschenfeindlichkeit. (ph)

Spezial: Pflegenotstand



VIELE NEUE STELLEN SCHAFFEN!

Die Proteste gegen Pflegenotstand zeigen Wirkung. Doch die geplanten Maßnahmen der Regierung reichen nicht. DIE LINKE macht Druck für gute Pflege

EIN GASTBEITRAG VON **BERND RIEXINGER**

In der Pflege herrscht seit Jahren Notstand. Gesundheit und Menschenwürde bleiben in unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen oft auf der Strecke. Der Grund: Es fehlen mindestens 140.000 Pflegekräfte. Über Jahre hat die Bundesregierung eine Politik betrieben, die die Pflege von Menschen Wettbewerbsfähigkeit und Profit unterordnet. Vor den schrecklichen Auswirkungen des Pflegenotstands hat sie die Augen verschlossen.

Mittlerweile zeigen Medienberichte über Skandale, Proteste und Streiks von Pflegekräften – und die Kampagne der LINKEN – Wirkung: Merkel und die Große Koalition mussten handeln und mehr Geld für die Pflege bereitstellen, obwohl sie das lange nicht vorhatten. Die von der Großen Koalition beschlossenen Maßnahmen reichen aber bei weitem nicht aus, um den Pflegenotstand zu stoppen.

Für die Krankenhäuser hat die Große Koalition keine ausreichenden und verbindlichen Mindestpersonalregelungen beschlossen. In den Altenpflegeeinrichtungen will die Bundesregierung gerade mal 8.000 neue Stellen schaffen – das ist weniger als eine zusätzliche Pflegekraft pro Einrichtung. Damit alte und pflegebedürftige Menschen endlich

mehr Zuwendung bekommen, braucht es dringend mehr Personal! Damit mehr Menschen für den Pflegeberuf gewonnen werden können, müssen Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Ausbildung verbessert werden.

Dreiviertel aller Pflegekräfte geben an, dass sie bei ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen nicht bis zur Rente durchhalten können. Kranken- und AltenpflegerInnen sind weit aus häufiger krank als die Angehörigen anderer Berufe. Obwohl sie alles tun, damit andere gesund werden und bleiben.

Vom Pflegenotstand zum Pflegeaufstand!

Die Gesundheits- und Pflegereformen der vergangenen Jahre gingen in die falsche Richtung: Wettbewerbsfähigkeit und Profite von privaten Konzernen waren der Politik wichtiger als Gesundheit und Menschenwürde. Eine weitere Folge: Bundesweit werden immer mehr Krankenhäuser geschlossen oder privatisiert. Auch der Ärztemangel in ländlichen Regionen gefährdet die Gesundheit. Der neue Gesundheitsminister Jens Spahn steht für diese unsoziale Politik.



Aber wenn der Druck aus der Gesellschaft steigt, ist die Chance für einen grundlegenden Wandel da: Menschenwürde vor Profite.

Jetzt heißt es: Am Ball bleiben und nicht locker lassen. Mit unserer Kampagne wollen wir die Proteste von Beschäftigten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen unterstützen. Wenn alle, denen gute Pflege und Gesundheitsversorgung am Herzen liegen, sich beteiligen, können wir Menschenwürde und flächendeckend gute Versorgung in der Pflege tatsächlich durchsetzen!

Bernd Rixinger ist seit 2012 Bundessprecher der Linkspartei und seit 2017 Mitglied des deutschen Bundestags.

UNSERE FORDERUNGEN

100.000 Krankenpflegerinnen mehr

Um den lebensbedrohlichen Pflegenotstand zu stoppen, braucht es 100.000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern.

Gesetzlicher Personalschlüssel

Es braucht eine verbindliche Regelung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert.

Ärztemangel und Krankenhausschließungen stoppen

Mehr Ärzte, Gesundheitszentren und Hebammen sollen kürzere Wege und kürzere Wartezeiten schaffen. Krankenhäuser müssen nicht Profit machen, sie müssen die Bevölkerung versorgen.

40.000 Altenpflegerinnen mehr

Für 40.000 zusätzliche Fachkräfte in den Altenpflegeeinrichtungen und eine verbindliche Personalbemessung, die für jede Schicht mehrheitlich Fachkräfte vorsieht.

Kein Lohn unter 14,50 Euro in der Altenpflege

Wir fordern einen Mindestlohn von 14,50 Euro für die Altenpflege und höhere Löhne durch einen Tarifvertrag, der flächendeckend für alle Pflegekräfte gilt.

Impressum

Herausgeberin:
DIE LINKE. Rhein-Sieg

Redaktion:
Andreas Danne (ad)
Patrick Haas (ph)
Bastian Reichardt (br)

Mediadaten unter:
www.dielinke-rhein-sieg.de

Auflage:
15.000 Exemplare

Erscheinungsweise:
halbjährlich

V.i.S.d.P.:
Bastian Reichardt
DIE LINKE. Rhein-Sieg
Mühlenstr. 46
53721 Siegburg